

**Aktuelle Stunde** auf Verlangen der Fraktion der FDP

**Umsetzung des Beschlusses der EU in Deutschland für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Dienstleistungen**

Der Kollege Ernst Burgbacher hat für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP)

**Ernst Burgbacher (FDP):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Woche haben die Finanzminister der EU beschlossen, dass bei arbeitsintensiven Dienstleistungen jedes Land selbst den reduzierten Mehrwertsteuersatz einführen kann. Der Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland hat dieser potenziellen Steuersenkung auf europäischer Ebene zugestimmt, gleichzeitig aber gesagt, dass er sie dem eigenen Land vorenthalten will. Das ist für uns ein unglaublicher Vorgang.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Es kann nicht sein, dass ein deutscher Finanzminister auf europäischer Ebene so handelt.

(Beifall bei der FDP)

Das ist allerdings genau der Stil des Bundesfinanzministers: Wenn die Großen etwas wollen, werden sie mit offenen Armen empfangen. Wenn die kleinen und mittelständischen Familienbetriebe etwas wollen, wird die Tür zugeschlagen. Exakt das ist hier der Fall. Wenn Sie 1 000 Familienbetriebe in Hotellerie und Gastronomie mit durchschnittlich 20 Arbeitskräften pro Betrieb nehmen, kommen Sie auf 20 000 Beschäftigte. Die stehen dann auf der Straße, und es kümmert sich niemand. Um die Großen aber kümmert man sich.

(Beifall bei der FDP)

Ich will mich aufgrund der mir zur Verfügung stehenden Zeit in der Argumentation auf Hotellerie und Gastronomie beschränken und Ihnen an ganz konkreten Beispielen aufzeigen, worum es geht. Früher sind viele Deutsche über den Rhein nach Frankreich, vor allem in das Elsass, gefahren, um dort essen zu gehen. Durch enorme Qualitätssteigerungen in der deutschen Gastronomie hat sich das mittlerweile nahezu ausgeglichen. Der Trend geht eher in die andere Richtung. Bisher lag der Mehrwertsteuersatz in Frankreich im Gastronomiebereich bei 19,6 Prozent. Jetzt wird er, und zwar sehr schnell, auf 5,5 Prozent gesenkt. Deutschland aber bleibt bei 19 Prozent. Das ist unglaublich.

(Beifall bei der FDP)

Was bedeutet das konkret? Wenn eine Familie in Deutschland essen geht und dafür 100 Euro bezahlt, dann bleiben dem deutschen Wirt davon 84 Euro. Wenn dieselbe Familie über den Rhein nach Frankreich fährt und dort 100 Euro bezahlt, bleiben dem französischen Wirt 94,80 Euro, also knapp 95 Euro. Das sind 11 Euro mehr. Für den deutschen Gastronomen bedeutet das, dass er entweder die Preise erhöhen oder die Qualität reduzieren muss, sei es in der Küche oder beim Service. Er ist dann aber nicht mehr wettbewerbsfähig. Genau das ist der Punkt.

In 22 von 27 Ländern der Europäischen Union gilt der reduzierte Mehrwertsteuersatz für die Hotellerie. In 11 von 27 Ländern gilt der reduzierte Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie. Sie können nach den Ecofin-Beschlüssen davon ausgehen, dass diese Zahl ebenfalls auf 22 steigt. Das heißt, heutzutage ist

der reduzierte Mehrwertsteuersatz in Europa der Normalfall. Der Finanzminister aber sagt: Mit mir gibt es in Deutschland keine Änderungen. – Wer so argumentiert, der setzt die Arbeitsplätze von Hunderttausenden Menschen und auch von weit über einhunderttausend Auszubildenden aufs Spiel. Er nimmt nicht nur in Kauf, dass keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden – was durchaus möglich wäre –, sondern auch, dass bestehende Arbeitsplätze gefährdet werden. Das alles tut er als Sozialdemokrat.

(Zuruf des Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das ist schon beeindruckend!)

Die Menschen draußen werden sich sehr gut überlegen, wie sie das zu bewerten haben.

Angesichts der Wettbewerbssituation in Europa und der Verpflichtung des Gesetzgebers, unseren Unternehmen durch die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen zu helfen, fordert die FDP klipp und klar die Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes von 7 Prozent für Hotellerie und Gastronomie.

(Beifall bei der FDP – Lena Strothmann [CDU/CSU]: Sagt ihr auch, wer das finanzieren wird?)

Liebe Freunde von der Union, was Sie hier gerade liefern, ist kein wohlschmeckendes Gericht. Der Herr Seehofer kündigt eine Bundesratsinitiative für diese Woche an und zieht sie wieder zurück.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Der Tourismusbeauftragte reist mit dieser Forderung durch das Land, hat aber im eigenen Lager noch nicht einmal eine Mehrheit. Der baden-württembergische Finanzminister Stächele spricht sich für den reduzierten Mehrwertsteuersatz aus,

(Joachim Poß [SPD]: Der ist noch nicht lange im Amt; der kennt sich noch nicht so aus!)

der baden-württembergische CDU-Abgeordnete Krichbaum lehnte ihn heute Morgen strikt ab. Wir erwarten jetzt von Ihnen eine Positionierung,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

und wir erwarten von Ihnen, dass Sie endlich den mittelständischen und kleinen Familienbetrieben helfen und dass Sie heute klar signalisieren, dass der reduzierte Mehrwertsteuersatz eingeführt werden wird!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie müssen das jetzt tun. Ich sage ganz deutlich: Wir werden es Ihnen nicht durchgehen lassen,

(Zuruf des Abg. Joachim Poß [SPD]: Das sind ja Drohungen!)

dass Sie ein paar Leute vorschicken, die sagen dürfen, was sie wollen, und alle anderen zurückgepiffen werden. Es geht um kleine mittelständische Familienunternehmen. Es geht um viele Hunderttausend Menschen, die in diesem Bereich Arbeit finden. Sie haben es in der Hand, ob in diesem Bereich neue Arbeitsplätze entstehen oder ob bestehende vernichtet werden.

Für die FDP erkläre ich klipp und klar: Die FDP steht dazu. Wir wollen die Einführung dieser reduzierten Mehrwertsteuersätze, –

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege, klipp und klar: Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Ernst Burgbacher (FDP):**

– und zwar möglichst nicht erst nach der Wahl, sondern jetzt; denn die Probleme stellen sich nicht erst später, sondern jetzt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Es spricht der Kollege Eduard Oswald für die CDU/ CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Eduard Oswald (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleich vorweg: Im gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU werden wir für den Bereich der Steuerpolitik unter anderem drei Punkte darstellen:

Erstens. Wir werden die Ungereimtheiten im System der Mehrwertsteuer beseitigen.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Oh! Wann denn?)

Zweitens. Wir werden an der Reform der Lohn- und Einkommensteuer arbeiten, sodass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wieder mehr Geld in der Tasche haben werden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ernst Burgbacher [FDP]: Wann?)

Drittens. Im Rahmen der Unternehmensteuerreform werden wir Hemmschwellen beseitigen, die die wirtschaftliche Entwicklung eines Unternehmens heute blockieren. Damit werden wir den Standort Deutschland stärken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Übrigens, Kollege Burgbacher: Eine Umsetzung in deutsches Recht kann bekanntlich erst im Rahmen einer Änderung der Mehrwertsteuerrichtlinie erfolgen.

Der Ecofin-Rat ist übrigens dem sehr viel weiter reichenden Vorschlag der tschechischen Ratspräsidentschaft nicht gefolgt, den ermäßigten Umsatzsteuersatz generell auf Lieferung, Bau, Renovierung, Umbau und Instandhaltung von Wohnungen zur Anwendung zuzulassen. Auch dies muss erwähnt werden.

Die Forderung verschiedener Branchen nach einer Aktualisierung des Mehrwertsteuerekatalogs – dieser ist umfassender, als dies Herr Kollege Burgbacher dargestellt hat – ist für mich gut nachvollziehbar, da die überwiegende Zahl der aktuell geltenden Mehrwertsteuerermäßigungen auf das Jahr 1968 zurückgeht und zwischenzeitlich das eine oder andere heute nicht mehr nachvollziehbar ist.

Es besteht überhaupt kein Zweifel daran, dass wir das Thema angehen müssen. Einzelne Beispiele machen dies deutlich. Dass Pralinen und Gänseleber mit 7 Prozent besteuert werden, Mineralwasser jedoch mit dem vollen Mehrwertsteuersatz, versteht man ebenso wenig wie die Regelung, dass man auf Futter für Haustiere 7 Prozent, für Babynahrung jedoch 19 Prozent entrichten muss.

(Zuruf von der SPD)

Äpfel zum Essen werden ermäßigt besteuert. Der Fruchtsaft – wenn man sie durch die Presse schickt – wird voll besteuert. Für Kaffee gilt Ähnliches. Kaffeepulver wird mit 7 Prozent versteuert. Handelt es sich um Kaffee, dann ist der volle Steuersatz fällig. Weitere Beispiele könnte man erwähnen.

Wir brauchen – und dafür steht unsere Fraktion – eine für jeden Bürger verständliche Lösung, ein schlüssiges Konzept, das auch logisch ist. Der Bürger darf nicht erst im Katalog nachschauen müssen, wie nun versteuert wird. Es muss steuersystematisch richtig sein. Es wird doch wohl zu schaffen sein, dass wir im Steuerrecht etwas hinbekommen, was nicht kompliziert ist.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ernst Burgbacher [FDP]: Schön wär's!)

Im Gastronomiebereich zeigen sich heute schon Wettbewerbsverzerrungen in grenznahen Regionen. Durch einen Mehrwertsteuersatz von nur 10 Prozent in Österreich und einem noch niedrigeren in der Schweiz werden Gaststätten, die gerade in den grenznahen Tourismusregionen in einem harten Wettbewerb stehen, unzumutbar benachteiligt. Das steht außer Frage. Für mich persönlich gilt auch: Wer es den EU-Nachbarn gestattet, die Mehrwertsteuer zu senken, muss auch für das eigene Land eine Lösung erarbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Wer ist denn in der Regierung?)

Deshalb ist selbstverständlich auch die Frage nach den Auswirkungen auf den Haushalt zu stellen. Wir haben in dieser Periode vieles geleistet, auch bei der Sanierung des Haushaltes. Manches, was heute in der Finanz- und Wirtschaftskrise getan werden muss, wäre ohne diese Sanierung nicht möglich.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, zu sagen, dass wir bei einer Absenkung des Steuersatzes im Bereich der Gastronomie Steuerausfälle in Höhe von rund 3 Milliarden Euro zu verzeichnen hätten. Nimmt man den Bereich Beherbergung dazu, fallen die Steuerausfälle vermutlich um 1 Milliarde höher aus. Arzneimittel würden mit fast 4 Milliarden Euro, Mineralwasser mit 0,3 Milliarden Euro, Kinderbekleidung und Schuhe mit 1 Milliarde Euro, Kinderspielzeug mit 0,5 Milliarden Euro zu Buche schlagen. Damit habe ich einige der Felder beschrieben, bei denen von der Politik zu Recht etwas erwartet wird. Die Aufgabe ist also etwas umfassender, als vorhin dargestellt wurde.

Ich will, dass eine Mehrwertsteuerermäßigung über Preissenkungen tatsächlich an die Verbraucher weitergegeben wird. Darum geht es uns.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Problem ist aber, dass dies leider niemand sicherstellen kann, da die Mehrwertsteuer nur ein Preisbestandteil von vielen ist.

Wir werden also ein schlüssiges Gesamtkonzept erarbeiten

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Wann?)

– dabei werden wir sorgfältig vorgehen – und eine tragfähige und umfassende Lösung entwickeln, durch die die Menschen überzeugt werden und die zudem auch solide finanzierbar ist.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Wann denn?)

In den verbleibenden sieben Sitzungswochen bis zur Wahl einen Schnellschuss abzugeben, wäre auch angesichts der Herausforderungen, die wir im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen haben, wirklich die falsche Antwort.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr hättet das ja schon vorher machen können!)

Wir werden das richtig machen, ohne einen Schnellschuss abzugeben. Hier können Sie uns beim Wort nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Jetzt spricht die Kollegin Dr. Barbara Höll für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

**Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An Ihren Taten sollt Ihr sie messen. Zum 1. Januar 2007 wurde der allgemeine Regelsatz der Mehrwertsteuer durch SPD und CDU/CSU von 16 Prozent auf 19 Prozent erhöht. Das war die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Genau!)

und eine der unsozialsten Maßnahmen. Das sind Ihre Taten.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Dr. Volker Wissing [FDP]: Das war nicht die FDP!)

Skandalöserweise haben Sie Teile der Mehreinnahmen durch die Steuererhöhung dann auch noch für Steuererleichterungen für Vermögende und Unternehmen verwendet. Die Linke sagt: Erhöhungen der Mehrwertsteuer sind sozial ungerecht. Die dadurch verursachte Steuerbelastung ist natürlich umso stärker, je geringer das Einkommen der Menschen ist.

Um die unsoziale Wirkung Ihrer Steuererhöhung abzumildern, haben wir Ihnen hier bereits Vorschläge unterbreitet, und zwar nicht für die letzten sieben Sitzungswochen, sondern schon vorher. Wir haben Ihnen für diese Wahlperiode den Vorschlag unterbreitet, den Mehrwertsteuersatz auch für folgende drei Produktgruppen bzw. Dienstleistungen zu ermäßigen: Waren und Dienstleistungen für Kinder, apothekenpflichtige Medikamente und – das haben wir immer gefordert – arbeitsintensive Handwerksdienstleistungen.

Es liegt doch auf der Hand: Eine solch große Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 19 Prozent auf 7 Prozent, die natürlich bei den Menschen auch ankommen muss, stellt gerade für die Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen eine Entlastung dar. Sie wissen, dass über 2 Millionen Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik von Hartz IV und Sozialhilfe leben müssen. Für sie wäre das eine Entlastung.

(Gabriele Frechen [SPD]: Aber nur, wenn das bei ihnen ankommt!)

Es wäre auch gut, die Kosten für arbeitsintensive Handwerksdienstleistungen zu verringern, um auch von der Ideologie der Wegwerfgesellschaft wegzukommen, sodass es sich wieder lohnt, Produkte reparieren zu lassen. Das ist eben arbeitsintensiver als einfach etwas wegzuschmeißen und neu zu kaufen bzw. durch etwas Neues zu ersetzen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir haben das auch für die apothekenpflichtigen Medikamente gefordert. Wie haben Sie sich verhalten? Ich greife nur einmal unseren Antrag bezüglich der

Produkte für Kinder heraus, über den hier im Februar des vergangenen Jahres namentlich abgestimmt wurde. Alle hier im Hause – bis auf zwei Abgeordnete von der CDU/CSU, die sich enthalten haben – waren nicht unserer Meinung und haben mit Nein gestimmt, und jetzt wird groß getönt.

(Lydia Westrich [SPD]: Wer?)

Um noch einmal darauf zurückzukommen, dass Sie sich an Ihren Taten messen lassen sollen: Bereits die PDS war auf diesem Gebiet aktiv.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Die war auch noch woanders aktiv! – Joachim Poß [SPD]: Ach, die PDS!)

Sie werden es nicht glauben, aber lesen Sie das bitte einmal nach. Bereits im Jahr 1998 haben wir einen Antrag mit dem Titel „Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Leistungen“ in den Bundestag – damals noch in Bonn – eingereicht und gefordert, dass der damalige Finanzminister auf europäischer Ebene aktiv werden sollte. Das haben wir nach der Neuwahl wiederholt, nämlich gleich zu Beginn der 14. Wahlperiode.

Auf EU-Ebene ist dann etwas geschehen. Unser Druck hier im Land hat leider nicht ausgereicht. Auf EU-Ebene wurde aber zumindest ein Modellversuch gestartet. Im Februar 2000 wurden die Teilnehmerstaaten festgelegt. Deutschland wollte nie mitmachen. Ich habe keine Stimmen der FDP im Ohr, dass sie damals dafür gewesen ist. Nein, wir haben das gefordert, Sie haben das alles immer abgelehnt.

Schauen wir uns das noch einmal an, um vielleicht ein wenig zu illustrieren, wie Sie als FDP argumentiert haben. Ich habe mir einige Zitate herausgesucht, zum Beispiel von Frau Frick aus der 13. Legislaturperiode oder auch von Herrn Wissing, der gesagt hat: Wer sich so verhält und einen solchen Antrag stellt, der verhält sich chaotisch und betreibt Flickschusterei.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Ja, weil der Antrag schlecht war!)

Schau an, was Sie heute tun! Sie sagten, es sei chaotisch und eine Flickschusterei. Nein, Sie als FDP verhalten sich heute zu dem Thema einfach wie ein Trittbrettfahrer. Sie haben in den vergangenen Jahren weder als Sie in der Regierung waren noch in der Opposition tatsächlich in dieser Richtung gehandelt,

(Ernst Burgbacher [FDP]: Aber selbstverständlich!)

sondern immer nur nebulös gefordert, man müsse das Ganze noch einmal neu betrachten.

Warten Sie nicht ewig, bis Sie eine Gesamtbetrachtung vornehmen! Werden Sie jetzt endlich aktiv! Die EU gestattet uns das. Ich finde, wir sind dann auch in der Pflicht, tatsächlich zu handeln. Wenn wir uns verständigen, dass wir etwas tun wollen, dann können wir uns auch verständigen, was wir tun. Wir haben Ihnen unsere Vorschläge unterbreitet. Darin sind auch die arbeitsintensiven Handwerksdienstleistungen enthalten. Man muss unter den Gegebenheiten, die sich jetzt neu entwickeln, auch diskutieren, wie mit dem Hotel- und Gaststättenwesen und der Gastronomie zu verfahren ist. Eine Aufrechnung von 100 Euro hier gegen 100 Euro da ist mir ein bisschen zu platt. Ich glaube, wir müssen in diesem Zusammenhang Schwerpunkte setzen.

Am besten wäre es, Sie hätten Ihre große Mehrwertsteuererhöhung gar nicht erst vorgenommen. Dann hätten die betroffenen Bürgerinnen und Bürger einige Probleme weniger.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] –  
Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das Glas bleibt hart!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Die Kollegin Lydia Westrich spricht jetzt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Lydia Westrich (SPD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Höll, ich will nicht drum herumreden: Die Umsetzung der Mehrwertsteuerermäßigung in Deutschland würde allein für diesen Bereich mehr als 6 Milliarden Euro kosten.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Wie viel?)

Mehr als die Hälfte davon entfällt auf die Restaurantleistungen. Herr Burgbacher hat dies bereits angesprochen.

Ich habe sehr viel Verständnis dafür, dass eine Branche, die Sie hier so gut vertreten haben, darauf hinweist, dass ihr die Finanzspritze gut täte. Ihr Fraktionsvorsitzender Westerwelle hat heute früh festgestellt, dass die Ermäßigung auch eine gute Hilfe für den Mittelstand bedeuten würde.

(Zuruf von der FDP: Darum kümmert er sich halt!)

Die Mehrwertsteuer ist aber – vielleicht wissen Sie oder weiß er das nicht – eine Verbrauchsteuer. Ermäßigungen sollten dort spürbar werden, wo die Belastungen wirklich auftreten, nämlich beim Verbraucher. Als Pfälzerin fahre ich ebenso wie Sie ab und zu über die französische Grenze, um im Elsass essen zu gehen. Das Essen ist dort aber nicht billiger, im Gegenteil.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Schmeckt es Ihnen bei uns nicht mehr? – Ernst Burgbacher [FDP]: Die haben 19,6 Prozent, Frau Westrich!)

Inzwischen kommen auch viele Franzosen über die Grenze in unsere pfälzischen Restaurants, um dort hervorragend und günstig zu essen.

(Zuruf von der FDP: Das ist ja Tourismuswerbung vom Feinsten!)

Das Beispiel McDonalds mit den gleichen Preisen für die mit ermäßigtem Steuersatz belegte Ware außer Haus oder der mit normalem Steuersatz belegten dort verzehrten Ware ist bekannt. Sicherlich würde McDonalds auch noch das Geld einstreichen, das es bei einer Mehrwertsteuerermäßigung für die im Lokal verzehrte Ware zusätzlich einnehmen würde. Das Unternehmen hat die Mehrwertsteuerermäßigung bisher nicht an die Kunden weitergegeben. Warum sollte es dies jetzt tun?

(Beifall bei der SPD)

Alle Untersuchungen der Wirkungen ermäßigter Mehrwertsteuersätze auf die Wirtschaftsaktivität, die Ihnen so sehr am Herzen liegt, zeigen, dass dies nicht die wirksamste Maßnahme ist, aber den Staatshaushalt stark belastet. Die Schaffung eines Arbeitsplatzes – selbst in der Gastronomie – durch die Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes kostet den Steuerzahler sage und schreibe 60 000 Euro. Andere Fördermaßnahmen sind da sinnvoller.

Einer Untersuchung zufolge haben zum Beispiel in Belgien bei Reparaturleistungen 87 Prozent der Dienstleister die Steuerermäßigung als Gewinn

einbehalten, statt sie an die Verbraucher weiterzugeben. In Griechenland ist die Preisentwicklung in den ermäßigten Branchen mit der Preisentwicklung in anderen Sektoren Hand in Hand gegangen. Die Ermäßigung hat sich nicht auf die Verbraucherpreise ausgewirkt.

In Spanien sind die Preise für Instandhaltung und Reparaturen an Wohnungen, die eigentlich sinken sollten, sogar mehr als allgemein gestiegen.

(Joachim Poß [SPD]: Dafür haben die jetzt die Immobilienblase!)

Bei Friseurleistungen ist die Entwicklung im Grunde ähnlich verlaufen.

Die Untersuchung der Wirkung ermäßigter Mehrwertsteuersätze bei häuslichen Pflegeleistungen in Frankreich hat ergeben, dass sie keine oder nur sehr begrenzte Auswirkungen haben. In diesem Bereich betrug die Preisdifferenz bei einer Dienstleistung ohnehin zwischen 44 und 165 Prozent, sodass selbst eine Mehrwertsteuerermäßigung um 12,5 Prozentpunkte bei der Preisfindung nicht zu Buche geschlagen ist. Bei der Instandhaltung und Reparatur von Wohnungen in Frankreich sind die Preise im ersten Jahr tatsächlich um 5 Prozent gefallen. Im nächsten Jahr sind sie aber wieder um 8 Prozent gestiegen. Das gilt auch für die Niederlande und Portugal.

Ich könnte die Liste beliebig fortsetzen. Überall dort, wo eine Mehrwertsteuerermäßigung vorgenommen wurde, kam es zu ähnlichen Ergebnissen. Dabei handelt es sich nicht um die erste und einzige Untersuchung, die die Senkung der Mehrwertsteuersätze auf ihre Wirksamkeit überprüft hat. Alle Untersuchungen sind bislang zum gleichen Ergebnis gekommen. Eine Mehrwertsteuersenkung ist nicht das am besten geeignete Instrument, um die Wirtschaftstätigkeit anzukurbeln – selbst nicht im Restaurantbereich –, Arbeitsplätze zu schaffen und die Schattenwirtschaft einzudämmen. Dafür verursacht dieses Instrument im Verhältnis zu seiner Wirksamkeit hohe Kosten, in diesem Fall 7 Milliarden Euro. Natürlich wachsen dann die Begehrlichkeiten in anderen Branchen; das hat Herr Oswald schon erklärt.

Finanzminister Steinbrück hat im Interesse Deutschlands richtig gehandelt, als er dieses Instrument in Brüssel abgelehnt hat.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Er hat es doch nicht abgelehnt! – Gegenruf des Abg. Joachim Poß [SPD]: Für Deutschland abgelehnt!)

Es handelt sich hier um eine reine Subventionierung bestimmter Branchen. Das haben Sie auch deutlich gesagt. Das kann man wollen. Auch unsere Tourismuspolitiker liebäugeln hin und wieder mit einer solchen Maßnahme. Aber Sie von der FDP lehnen sonst Subventionen vehement ab. Herr Westerwelle hat das heute erneut lautstark erklärt. Gleichzeitig hat er aber eine Mehrwertsteuerermäßigung, also eine Subventionierung, gefordert. Entweder kennt er die Gutachten nicht, die einer Mehrwertsteuerermäßigung negative Auswirkungen bescheinigen, oder diese Wendung in zwei, drei Sätzen – einmal gegen Subventionen und dann wieder dafür – zeigt das ganze Wirrwarr der Lösungsversuche der FDP, wenn es um die Bewältigung der Wirtschaftskrise geht. Ich gehe von Letzterem aus.

Wir von der Koalition haben für die steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen gesorgt und die Möglichkeit eröffnet, Handwerkerrechnungen steuermindernd geltend zu machen. Wir haben damit zielgerichtet gehandelt. Den größten Effekt hat die von uns durchgesetzte Senkung der Arbeitskosten. Ich nenne



des Weiteren die Umweltprämie und das Konjunkturprogramm zur Verbesserung der Infrastruktur. Die haben ein Vielfaches an Wirkung.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Frau Kollegin, Sie müssen dringend zum Schluss kommen.

**Lydia Westrich (SPD):**

Noch einen Satz. – Frau Höll, das Schulbedarfspaket für finanzschwache Familien, das wir bis zum 13. Schuljahr gewähren und auf Familien mit Kinderzuschlag ausweiten, kurbelt den Konsum direkt an. Das hilft den Familien. Das ist der richtige Weg und nicht eine Mehrwertsteuerermäßigung; denn man weiß nicht, wem sie zugutekommt.

(Beifall bei der SPD – Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Anhebung der Regelsätze wäre der richtige Weg! Dann käme ständig etwas!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Der Kollege Dr. Gerhard Schick hat jetzt das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist interessant, wie Herr Burgbacher Mittelstandspolitik definiert. Offensichtlich besteht der deutsche Mittelstand aus Hotellerie und Handwerk.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Ich habe diese als Beispiele genannt!)

Sie sagen nicht, wie eine Mehrwertsteuerermäßigung gegenfinanziert werden soll. Das bedeutet dann aber, dass das aus dem allgemeinen Steueraufkommen bestritten werden muss. Dann müssen viele andere kleine und mittlere Unternehmen die Last tragen. Ihnen geht es nur um die Begünstigung einer kleinen Gruppe. Sie haben keinen systematischen Ansatz. Wenn ihre Mittelstandspolitik so aussieht, dann sollten wir mit Ihnen über Wettbewerb und Mittelstand noch einmal gründlicher diskutieren.

(Joachim Poß [SPD]: Klientelismus!)

Vielleicht kann der neue Wirtschaftsminister, der sich als ordnungspolitischer Leuchtturm und Erbe Ludwig Erhards geriert, etwas zum System der Marktwirtschaft sagen. Für meine Fraktion kann ich nur sagen: Wir verstehen unter Marktwirtschaft etwas anderes als die Privilegierung einzelner Gruppen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der FDP, Sie haben im Oktober 2006 einen Antrag – Drucksache 16/3013 – eingebracht, in dem Sie auf das komplizierte Mehrwertsteuersystem verweisen. Sie stellen darin fest, dieses sei laufend verändert und verkompliziert worden. Sie fordern den Bundestag auf, eine Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems zu beschließen. Wunderbar! So weit Zustimmung. Interessanterweise fordert Ihr Parteivorsitzender Ostern 2008 die Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes auf die Energieprodukte, also eine Verkomplizierung. Nun wollen Sie eine weitere Ermäßigung – und damit eine weitere Verkomplizierung – durchsetzen; denn eine Abgrenzung ist bei Handwerksleistungen sehr schwierig. Sie wollen eine weitere Ermäßigung einführen, obwohl Sie keinen Gesamtansatz haben. Das halte ich für ziemlich schwach.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte aus einer Rede zitieren, die der Kollege Wissing am 14. Februar des vergangenen Jahres, also vor gut einem Jahr, gehalten hat. Damals ging es um einen Antrag der Linken. Was war der Vorwurf des Kollegen Wissing? Ich zitiere:

Sie brauchen eine vernünftige, systematische Vorstellung des Ganzen. Einfach hinzugehen und Symbolpolitik in die Welt zu blasen, das hilft doch keinem ... Wie das abgegrenzt und ... ausgestaltet werden soll, sagen Sie aber nicht.

Genau das könnte man heute zu Ihrem Vorschlag sagen. Ich sage Ihnen: Messen Sie sich selber einmal an Ihren eigenen Ansprüchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer Punkt ist Europa. Sie haben auf die anderen europäischen Länder verwiesen. Entschuldigung, wir erleben doch gerade in der Finanzmarktkrise, dass es höchst problematisch gewesen ist, in den einzelnen Punkten immer wieder auf die anderen zu hören und genau das nachzumachen, was die anderen machen, auch wenn es schlecht ist. Genau damit sind wir an vielen Stellen auf die Nase gefallen. Es wäre doch gut gewesen, wenn unser Finanzmarkt besser reguliert gewesen wäre und wir nicht ständig auf Luxemburg oder Irland verwiesen hätten.

Das gilt auch für das Steuersystem. Bloß weil andere ihr Steuerrecht verkomplizieren, heißt das doch nicht, dass wir das auch machen müssen. Schauen Sie sich doch bitte noch einmal die Studie von Copenhagen Economics an. Darin steht sehr deutlich, dass man natürlich in einem Bereich, in dem der Anteil der Schwarzarbeit sehr hoch ist, steuerrechtlich eingreifen kann. In der Studie steht aber auch: Prüfen Sie bitte die Alternativen.

Dieser Punkt hat in Ihrer Argumentation wieder völlig gefehlt. Ich möchte nur daran erinnern, dass dieses Haus vor ganz kurzer Zeit im Konjunkturpaket I beschlossen hat, dass Handwerkerleistungen in einem größeren Umfang steuerlich absetzbar sein sollen – diese Forderung haben wir schon seit längerem erhoben –, damit in diesem Bereich gerade die energetische Modernisierung stattfinden kann und dies auf legalem Wege erfolgt. Sie haben nichts dazu gesagt, dass genau in diesem Bereich schon etwas gemacht worden ist und was die sonstigen Alternativen wären. Das war eine schwache Leistung.

Eine Frage ist auch: Gibt es eine weiter gehende Perspektive, die allgemein für die Märkte gilt? Wir Grüne schlagen vor, gezielt im unteren Einkommensbereich die Sozialabgaben zu senken. Das würde nicht nur einer bestimmten Gruppe, die gerade der FDP auffällt, sondern allgemein der deutschen Wirtschaft eine Verbesserung bringen und die Schwarzarbeit wirksam bekämpfen. Ich wäre dankbar, wenn wir mehr ans Ganze denken würden und nicht nur Teilbereiche im Blick haben.

Ich würde mich auch freuen – das richtet sich jetzt an die Kollegen der Großen Koalition –, wenn man nicht erst nach dreieinhalb Jahren Regierungsverantwortung anfängt, große Ansagen für die Zukunft zu machen, Herr Kollege Oswald, sondern sich einmal fragt, was in den dreieinhalb Jahren gemacht wurde. Wir haben in einem Arbeitsprozess angefangen, fraktionsübergreifend an Fortschritten zur Änderung der Mehrwertsteuer zu arbeiten. Dieser Prozess ist leider etwas eingeschlafen. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen bitten, daran weiterzuarbeiten, damit wir zu einer guten Reform des Gesamtsystems Mehrwertsteuer kommen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Manfred Kolbe spricht jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Manfred Kolbe (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Burgbacher, das war eine klassische Lobbyrede,

(Ernst Burgbacher [FDP]: Nein!)

mit der Sie der betroffenen Gruppe wahrscheinlich keinen großen Gefallen getan haben, weil dieses Manöver zu durchsichtig war. Sogar der Kollege Wissing, der jetzt neben Ihnen sitzt, machte ein etwas gequältes Gesicht und hielt sich auch beim Beifall merklich zurück. Ich habe das genau beobachtet. Das spricht für dich, Volker Wissing.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was wir brauchen, Herr Burgbacher, ist eine Gesamtkonzeption, statt jedes halbe Jahr – wenn auch vernünftige – Einzelanträge zu stellen.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Fragen Sie doch mal Herrn Hinsken, was er jeden Tag fordert!)

Ich sage ja nicht, dass Ihr Antrag unvernünftig ist. Es hat auch Anträge der Linken gegeben, den Mehrwertsteuersatz auf Waren und Dienstleistungen für Kinder sowie Arzneimittel zu senken. Auch diese waren im Kern nicht unvernünftig. Mir fallen Dutzende von Dingen ein, bei denen der ermäßigte Mehrwertsteuersatz berechtigt wäre. Aber am Ende müssten wir dann allen den ermäßigten Mehrwertsteuersatz mit der Konsequenz gewähren, dass wir diesen dann auf 19 Prozent erhöhen müssten. Damit wäre niemandem gedient. Wir brauchen also ein Gesamtkonzept.

Wir geben zu, dass die bestehende Kasuistik nicht mehr hinnehmbar ist. Ich zitiere nur einmal Nr. 22 dieser 20-seitigen Liste der dem ermäßigten Steuersatz unterliegenden Gegenstände:

Johannisbrot und Zuckerrüben, frisch oder getrocknet, auch gemahlen; Steine und Kerne von Früchten sowie andere pflanzliche Waren (einschließlich nicht gerösteter Zichorienwurzeln der Varietät *Cichorium intybus sativum*) der hauptsächlich zur menschlichen Ernährung verwendeten Art, ... ausgenommen Algen, Tange und Zuckerrohr

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das Manuskript musst du ans Protokoll abgeben!)

Das ist nur ein Auszug aus der Liste der Produkte mit ermäßigtem Mehrwertsteuersatz.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das musst du jetzt noch einmal für alle wiederholen!)

Es gibt ein Schreiben vom BMF, Frau Kressl, wonach genießbare getrocknete Schweineohren, auch wenn als Tierfutter verwendet, dem ermäßigten Umsatzsteuersatz unterliegen, während getrocknete Schweineohren, die nicht für den menschlichen Verzehr geeignet sind,

(Simone Viola [SPD]: Die kann man auch nicht kauen!)

unter den vollen Satz fallen. Das ist eine wahre Glanztat Ihres Hauses. Das ist Stoff für Büttenredner im Karneval. Das müssen wir beenden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Eduard Oswald [CDU/CSU]: Auf Karneval wollen wir trotzdem nicht verzichten!)

Es bestehen auch gravierende Bewertungswidersprüche in dieser Liste: Warum werden Musik-CDs niedriger besteuert als Babywindeln? Warum wird Tierfutter niedriger besteuert als Arzneimittel? Warum werden Hummer und Trüffel niedriger besteuert als Mineralwasser?

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das haben die Länder 2002 verhindert!)

Dies gibt alles keinen Sinn mehr, und wir sind hier gefordert, zumal sich die Problematik laufend verschärft. Jede Mehrwertsteuererhöhung – wir haben eine beschließen müssen – bedeutet natürlich eine Vergrößerung des Abstandes zum ermäßigten Mehrwertsteuersatz.

Herr Burgbacher, nicht neue Ausnahmeregelungen sind das Gebot der Stunde, sondern ein einfacheres und leistungsgerechteres Steuersystem und auch Mehrwertsteuersystem.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ernst Burgbacher [FDP]: Da stimme ich zu!)

Darüber müssen wir uns in der Tat ernsthaft Gedanken machen. Einzelfalllösungen führen uns nicht weiter, so berechtigt sie auch sein mögen. Die Gastwirte haben natürlich sehr gute Gründe.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Sie stehen auch im Wettbewerb, Herr Kolbe!)

Aber ich denke nur an die letzte Änderung, die wir hier beschlossen haben. Seinerzeit haben wir den Mehrwertsteuersatz für Seilbahnen und Skilifte ermäßigt.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Das war die Union, die das wollte!)

– Ich darf hier einmal ein Geheimnis ausplaudern: Das war in der Großen Koalition nicht ganz unumstritten. Aber hat uns dies weitergeführt? Ich glaube nicht, dass wir die Probleme, die unser Mehrwertsteuersystem mit sich bringt, dadurch gelöst haben.

Wenn wir jetzt die Mehrwertsteuer für Gaststätten senkten, bekämen wir neue Probleme; dann stünden uns Debatten über den ermäßigten Steuersatz für Luxusrestaurants im Gegensatz zum vollen Mehrwertsteuersatz bei Medikamenten ins Haus. Dies ergäbe keinen Sinn, Herr Burgbacher, das müssen auch Sie zugeben.

Wir brauchen also eine Gesamtlösung. Es ist allerdings an der Zeit, dass wir sie angehen. Das muss in der nächsten Legislaturperiode passieren. Als Erstes sollten wir darüber nachdenken, ob ein Katalog noch die richtige Lösung ist, Frau Kressl, oder ob es nicht andere Lösungen als diesen Katalog gibt. Ich sage Ihnen voraus, dass jeder Katalog Wertungswidersprüche provozieren wird. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch darüber nachdenken, ob wir den ermäßigten Steuersatz wieder auf den ursprünglichen Ansatz von 1968 zurückführen, nicht mehr als das Existenzminimum zu privilegieren. Dann könnten wir vielleicht sogar den allgemeinen Mehrwertsteuersatz senken. Eine konzeptionelle Gesamtlösung muss in der nächsten Legislaturperiode gefunden werden, und dazu wünsche ich allen Fraktionen viel Erfolg.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Lothar Binding [Heidelberg] [SPD] – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Am besten, wir fangen gleich an!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Jetzt hat der Kollege Dr. Volker Wissing für die FDP-Fraktion das Wort.

(Florian Pronold [SPD]: Ist das jetzt dieselbe Rede wie vor einem Jahr? – Zuruf von der SPD: Dieselbe Rede wie immer!)

**Dr. Volker Wissing (FDP):**

Besten Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation ist etwas anders, als Sie, Herr Schick, sie dargestellt haben. Richtig ist natürlich, dass unser Mehrwertsteuersystem keine Logik hat; dies haben wir hier schon oft besprochen. Richtig ist auch, dass das Ganze keinem sozialen Sinn mehr folgt. Wir haben schon gehört, dass Babywindeln voll besteuert, Trüffel und Gänsestopfleber aber steuerlich subventioniert werden. Dies kann niemand ernsthaft wollen, und die Bürgerinnen und Bürger fragen sich, warum so etwas immer noch im Gesetz steht.

(Florian Pronold [SPD]: Weil es 2002 von euch und von der CDU/CSU abgelehnt worden ist!)

Herr Schick sagt, es könne nicht sein, dass Liberale jetzt einen Einzelpunkt aufgriffen, wo doch die FDP immer gesagt habe, sie wolle eine Gesamtlösung.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die nie vorgelegt hat!)

Ich erläutere Ihnen, wie die Situation ist, im Übrigen auch, was es mit der Wettbewerbssituation und der Marktwirtschaft auf sich hat:

Nicht die FDP hat auf europäischer Ebene einen Finanzminister losgeschickt, der sich eines Sachverhalts annimmt, den die Franzosen als ein Problem ansehen, sondern es war ein sozialdemokratischer Finanzminister. Er hat durch die Absenkung der Mehrwertsteuer für die französischen Gastronomen eine Wettbewerbsverzerrung geschaffen. Die FDP fragt sich, ob man der deutschen Gastronomie diese Ungleichbehandlung zumuten muss.

(Beifall bei der FDP)

Ist es nicht eine patriotische Aufgabe, dafür zu sorgen, dass in der Wirtschaftskrise mittelständische Unternehmen von solchen Wettbewerbsverzerrungen befreit werden? Weil nicht wir, sondern Sie auf europäischer Ebene verhandeln können – Sie stellen die Bundesregierung –, fordern wir dasselbe Recht für Gastronomen in Deutschland, das Sie auf europäischer Ebene geschaffen haben. – Dies ist gemeint, Herr Kollege Schick, wenn von fairen Wettbewerbsbedingungen gesprochen wird.

(Beifall bei der FDP)

Sie sagen zu Recht, dass in dieser Legislaturperiode in Sachen Reform des Mehrwertsteuersystems nichts passiert sei. Das liegt an der Großen Koalition.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr Vorschlag steht auch noch aus!)

– Sie wissen, dass dies nicht stimmt. Wir haben im Finanzausschuss darauf gedrängt, dass es eine Selbstbefassung geben soll. Allerdings stand sie unter einem schlechten Stern, weil die Koalition gesagt hat, man könne zwar darüber reden, aber sie werde in dieser Legislaturperiode nichts ändern. Das liegt daran, dass Sie sich auf nichts verständigen können. Die Wahrheit ist doch, dass Sie auch in diesem Bereich reformunfähig sind, weil Sie sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner einigen können. Das muss man doch den Leuten in Deutschland sagen.

(Beifall bei der FDP)

Es tut sich nichts an einer wichtigen Reformbaustelle, weil CDU/CSU und SPD nicht in der Lage sind, zusammen eine vernünftige Steuer- und Finanzpolitik zu machen. Das ist doch das Problem.

(Lydia Westrich [SPD]: Das ist doch Unfug!)

– Frau Kollegin Westrich, Sie haben gemeinsam mit Ihren SPD-Kollegen Ihr Wahlversprechen gebrochen und der Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte zugestimmt. Jetzt haben Sie auch noch gesagt, dass Steuerersenkungen Subventionen seien. Damit entlarven Sie im Grunde genommen Ihre Handlung und sagen, dass Sie die Steuererhöhung gerne vorgenommen haben.

(Zuruf von der SPD: Wer hat denn die Arbeitskosten stabilisiert?)

Die Wahrheit ist doch, dass dieses Mehrwertsteuersystem dringend reformiert werden muss. Man muss doch ein klares System vorschlagen. Als die Vertreter der Mineralbrunnen seinerzeit zu der Vorgängerin von Frau Kressl kamen und gefragt haben, warum Mineralwasser nicht ebenso wie Lebensmittel mit einem verminderten Satz besteuert werden könnten, antwortete Frau Hendricks damals: Dann sollen die Leute doch Milch trinken. – Da versteht man, dass den Leuten in Deutschland irgendwann die Galle hochkommt; denn so viel Milch verträgt man gar nicht.

(Beifall bei der FDP)

Man muss eine klare Linie haben. Das bedeutet, dass man sich nicht für eine volle Besteuerung der Gastronomie in Deutschland ausspricht, aber auf europäischer Ebene dafür plädiert, die Gastronomie mit einem verminderten Steuersatz zu besteuern.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da beantragen Sie eine Aktuelle Stunde, und Sie haben noch nicht einmal ein eigenes Konzept!)

Wir fordern: Ein Konzept, das man in Deutschland durchhalten will, muss auch auf europäischer Ebene gelten. Dieses Mindestmaß an Fairness muss man gegenüber den Menschen wahren. Das müssen sie erwarten können.

Es ist schön, dass die Bundesregierung ihr Herz für Frankreich entdeckt hat. Das ist ein schönes Land. Man kann aber auch in der Pfalz gut essen, Frau Kollegin Westrich, man muss nicht über die Grenze fahren. Aber die Menschen in Deutschland fragen sich doch, wieso in der Krise durch die Steuer- und Finanzpolitik unsere französischen Nachbarn unterstützt werden und nicht eine steuerliche Entlastung in der Bundesrepublik Deutschland erfolgt. Das können Sie nicht erklären. Da können Sie so tolle Reden halten, wie Sie wollen.

(Simone Violka [SPD]: Frankreich hat doch den Mindestlohn! Sagen Sie mal was zum Mindestlohn!)

Wir fordern nichts anderes, als dass die Bundesregierung die Wohltaten, die sie auf europäischer Ebene an mittelständische Betriebe verteilt – der Bundesfinanzminister tut das für die französische Wirtschaft und die französische Gastronomie; anscheinend geht er gerne dort essen –,

(Florian Pronold [SPD]: Weil es teurer ist, oder was?)

auch in Deutschland verteilt. Das ist nicht durchzuhalten. Wir fordern gleiches Recht für alle. Wir fordern, dass diese Bundesregierung nicht nur ein Herz für die europäischen Nachbarn, sondern in erster Linie ein Herz für Deutschland hat und dass sie sich um die Probleme des deutschen Mittelstandes kümmert. Das haben Sie versäumt. Die FDP fordert das ein.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Die Kollegin Gabriele Frechen hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Gabriele Frechen (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe die Debatte über das, was unser Finanzminister im Ecofin gemacht hat, überhaupt nicht. Ob man einer Forderung des Europäischen Rates folgt und den Weg dafür freimacht, dass die Länder selber entscheiden können, welchen Weg sie gehen wollen, ist doch etwas anderes, als hier im Inland gezielt eine Maßnahme zu ergreifen, die man für unsinnig hält. Es kann doch keiner verlangen, dass ein Finanzminister das macht. Auch wir möchten das nicht. Im Ecofin-Rat wurde den Ländern, die es wollen, jetzt die Möglichkeit eingeräumt, die Mehrwertsteuer auf bestimmte Dienstleistungen und in bestimmten Sektoren zu ermäßigen. Aber kein Land muss jeden Unfug, den andere Länder wollen, mitmachen. Da hat Herr Schick völlig recht. Das kann doch nicht gewünscht sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben bereits heute in den 27 Mitgliedstaaten völlig unterschiedliche Mehrwertsteuersätze, völlig unterschiedliche ermäßigte Steuersätze und völlig unterschiedliche Handhabungen der Mehrwertsteuersätze. Das rührt zum Teil aus alter Zeit, weil die Ermäßigungen bzw. die Steuersätze Bestandskraft haben. Zum Teil hat das eine oder andere Land auch von einer Übergangslösung Gebrauch gemacht, die in der Zwischenzeit angeboten wurde.

Aber bereits 2003 hat die Europäische Kommission unsere, die deutsche Haltung bestätigt, dass die Weitergabe der steuerlichen Ermäßigung an die Verbraucher keinesfalls gesichert werden kann, eher im Gegenteil. Wie Frau Westrich zu Recht gesagt hat, subventionieren wir damit den Umsatz und entlasten nicht den Verbraucher. Von einer positiven Lenkungswirkung ist ebenfalls nicht auszugehen.

Jetzt komme ich auf die hiesige Mehrwertsteuer zu sprechen. Nachdem wir eine Debatte darüber geführt haben, ob es sinnvoll ist, die Mehrwertsteuer auf Energiekosten zu senken, ob sie der Preistreiber in dem ganzen Spiel ist, muss doch gerade die Entwicklung der Energiekosten wirklich auch dem letzten denkenden Menschen klargemacht haben, dass die Mehrwertsteuer das Allerletzte ist, was bei der Preisbildung eine Rolle spielt.

(Beifall des Abg. Lothar Binding [Heidelberg] [SPD])

Es gibt andere Dinge, die deutlich wichtiger sind, nämlich die Spanne zwischen „Das kann ich noch erzielen“ und „Das geht nicht mehr“. Diese Spanne ist bei der Preisbildung wichtig, deutlich wichtiger als der Mehrwertsteuersatz.

Stichwort „rezeptfreie Medikamente/Arzneimittel“: Es hat sich doch eindeutig gezeigt, dass Ihre Theorie nicht stimmt. An dem Tag, an dem Ministerin Schmidt angekündigt hat, dass die preiswertesten Generika künftig von der Zuzahlung befreit sind, purzelten die Preise; die Anbieter übertrafen sich gegenseitig. Warum? Weil jedes Pharmaunternehmen ein Stück vom Kuchen haben wollte, zur Not unter Inkaufnahme einer geringeren Gewinnspanne. Was hat das mit der Mehrwertsteuer zu tun? Die Mehrwertsteuer ist bei allen Generika die gleiche. Ich spreche nur von Dingen, die im Inland gehandelt werden. Für das gleiche Schmerzgel zahlt man

zwischen 6,41 Euro und 13,48 Euro, und das bei einem gleichen Mehrwertsteuersatz.

Wir haben die Handwerksleistungen auf eine ganz andere Art und Weise gefördert. Dazu brauchten wir keine Mehrwertsteuersenkung. Bei uns können die Kosten für handwerkliche und haushaltsnahe Leistungen direkt von der Steuer abgezogen werden. Finden Sie etwas Vergleichbares im europäischen Ausland! Unsere Lösung hat für mich den zusätzlichen Charme, dass sie Schwarzarbeit verhindert, was durch eine Senkung der Mehrwertsteuer nicht erreicht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn der Handwerker die berühmte Frage stellt: „Brauchen Sie eine Rechnung?“, und der Kunde das verneint, dann merkt er doch nicht, ob ihm 7 Prozent oder 19 Prozent Mehrwertsteuer nachgelassen werden. Ich halte unsere Lösung also für besser. Gegen Vorlage der Rechnungen einen Steuerabzugsbetrag von maximal 4 000 oder 1 200 Euro gewährt zu bekommen, das ist wie bares Geld. Keine Rechnung zu erhalten, ist etwas anderes.

Zu den Restaurants. Wir haben eben spekuliert, ob Nachmittagsflüge von Berlin nach Frankreich angeboten werden, weil das Mittagessen dort preiswerter ist, wenn dort die Steuern gesenkt werden.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Sie haben doch keine Ahnung!)

– Doch, ich habe Ahnung. Ich komme aus Süddeutschland.

(Zuruf von der CDU/CSU)

– Genau, mit gutem Essen kenne ich mich aus. Ich komme aus Süddeutschland.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Wer aus Süddeutschland kommt, hat recht!)

Sie glauben doch nicht, dass jemand aus dem Rebland zum Essen 100 Kilometer nach Colmar und wieder zurück fährt, weil in Colmar der Steuersatz niedriger ist. Ich möchte den Badener sehen, der zum Essen statt ins Rebland nach Colmar fährt.

(Beifall bei der SPD)

Wegen der Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen wollen Sie die Steuerermäßigung zugegebenermaßen eigentlich nur für Gastronomen in grenznahen Bereichen. Ich meine, der Gastronom in Mecklenburg-Vorpommern braucht keine Steuerermäßigung, weil das Essen in Straßburg preiswerter ist.

(Markus Löning [FDP]: Aber das Essen in Stettin ist preiswerter!)

Erzählen Sie mir nichts! Aber was machen wir denn mit der Konkurrenz zwischen Straßburg und Karlsruhe? Die Baden-Badener sind näher an der Grenze als die Karlsruher. Es könnte also zu einem innerdeutschen Wettbewerbsnachteil kommen.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zu den Hotels sagen. Eine Ferienwohnung in Zinnowitz kostet im Fe-bruar 273 Euro und im Dezember 511 Euro. Der Preisunterschied liegt nicht an der Mehrwertsteuer und auch nicht an den Heizkosten; in Zinnowitz muss im Februar und im Dezember gleichermaßen geheizt werden.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Frau Kollegin!

**Gabriele Frechen (SPD):**



Eltern mit schulpflichtigen Kindern wissen, woran es liegt: Es liegt nicht an der Mehrwertsteuer, sondern an der Gewinnspanne in der jeweiligen Saison; ich habe eben darauf hingewiesen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Frau Kollegin, Sie hatten Ihre Rede bereits beendet.

**Gabriele Frechen (SPD):**

Entschuldigung, noch einen Satz von Heinz Erhardt in Richtung FDP:

Manche Menschen wollen glänzen, obwohl sie keinen blassen Schimmer haben.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Der Kollege Klaus Brähmig hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Klaus Brähmig (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Im Jahr 2008 hatte der Bundeshaushalt ein Volumen von 288 Milliarden Euro. Auf der Einnahmeseite standen 94 Milliarden Euro Mehrwertsteuer; das sind etwa 28 Prozent. In der aktuellen Diskussion wird mir manchmal schwummerig, wenn ich so höre, was wir alles auf breiter Front senken wollen, ohne dass einmal offen darüber gesprochen wird, dass wir das letztendlich gegenfinanzieren müssen, also entsprechende Einnahmen generieren müssen. Das dürfen wir nicht außer Acht lassen.

Das Thema, über das wir heute debattieren – es ist nicht das erste Mal; ich bin ganz sicher, dass es für die nächsten Wochen und Monate auch nicht das letzte Mal sein wird –, eignet sich nicht für Populismus. Wichtig wird sicherlich sein, dass es nach dem Ende dieser Legislaturperiode zu einem Kassensturz kommt und die dann Regierenden eine Bewertung vornehmen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich in den letzten Jahren immer für den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen eingesetzt, auch von solchen in den Bereichen Tourismus, Gastronomie und Hotellerie, und sich ganz massiv für die Harmonisierung innerhalb Europas engagiert. Ich bin sehr froh darüber, dass im Augenblick diese Diskussion stattfindet; denn das gibt uns die Möglichkeit – es setzt uns natürlich auch unter Druck –, etwas in dieser Richtung zu tun, nicht nur darüber zu sprechen, sondern auch konstruktive Vorschläge vorzulegen und dann umzusetzen.

Ich kann mich gut daran erinnern, Frau Kressl, dass wir vor nicht allzu langer Zeit mit Frau Faße bei Ihnen im Ministerium waren. Die Branche animiert uns Fachpolitiker ja ständig, Vorschläge zu unterbreiten. Ich hätte mir gewünscht, dass der Finanzminister, wenn er in Brüssel schon zustimmt – wie uns allen bekannt ist, ist ja Einstimmigkeit notwendig –, für Deutschland vorgibt, wie wir es mit den ausgewählten Branchen halten wollen. Der Anspruch der Branche, der Hotellerie und Gastronomie, ist durchaus berechtigt. Es geht nämlich darum, die Wettbewerbsverzerrungen innerhalb Europas, lieber Ernst Burgbacher, abzubauen

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

und den Standort Deutschland nicht zu benachteiligen. Wir werden uns in der Diskussion und in den Beratungen der nächsten Wochen und Monate etwas einfallen lassen müssen. Ich bin sehr sicher, dass wir beide Ansprüche berücksichtigen können.

Man muss wissen, dass die Mehrwertsteuer gerade für die Preiskalkulation in der Gastronomie ein ganz wichtiger Punkt ist. Die Waren werden mit 7 Prozent Mehrwertsteuer eingekauft und mit 19 Prozent Mehrwertsteuer weitergegeben. Deshalb kann man einen Gastronomiebetrieb fast als kleines Finanzamt ansehen; denn man leistet dort durchaus eine wichtige Arbeit für den Staat.

Da bin ich durchaus bei der Position der FDP. Wir als Tourismuspolitiker haben gemeinsam mit Ernst Hinsken in den letzten Wochen immer wieder vorgebracht, dass wir das vom Kopf auf die Füße stellen müssen. Ich schließe mich da meinen Vorrednern an. Dieser Katalog bringt Kuriositäten mit sich, und das macht überhaupt keinen Sinn. Das ist einer der ersten Punkte, die so schnell wie möglich in Ordnung gebracht werden müssen.

Ich will ergänzend nur noch einige Beispiele anführen: ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Hausschweine, normaler Mehrwertsteuersatz für Wildschweine; ermäßigter Satz für Kartoffeln aller Art, normaler Satz für Süßkartoffeln; ermäßigter Satz für Tomatenmark und Tomatensaft, normaler Satz für Tomatenketchup und Tomatensoße. Ein ganz tolles Beispiel ist folgendes: Pilze und Trüffel, ohne Essig haltbar gemacht: ermäßigter Mehrwertsteuersatz; Pilze und Trüffel, mit Essig haltbar gemacht: normaler Mehrwertsteuersatz.

(Florian Pronold [SPD]: Gibt es in der Praxis da Preisunterschiede?)

Diese Liste ließe sich unendlich fortführen.

Meine Vorredner haben deutlich gemacht, dass in vielfältiger Weise dringender Handlungsbedarf besteht und entsprechende politische Maßnahmen getroffen werden müssen.

Ich will noch ganz kurz auf Folgendes eingehen: Die Regierungschefs werden ja heute oder morgen in Brüssel eine Entscheidung in die eine oder andere Richtung treffen. Ich denke, sie wird derjenigen ähneln, die die Finanzminister getroffen haben. Danach muss von Brüssel die entsprechende Richtlinie erarbeitet werden. Erst dann beginnt bei uns die Umsetzung im Parlament, sofern wir die Mehrheiten dafür organisieren.

Ich selber werde mich im Rahmen der Arbeitsgruppe Tourismus mit den Branchenvertretern in den nächsten Wochen zusammensetzen, damit es – das ist ganz wichtig – nicht nur dazu kommt, dass wir die Lippen spitzen, sondern auch dazu, dass wir pfeifen.

(Joachim Poß [SPD]: Hat er schon einen Deckungsvorschlag genannt?)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege!

**Klaus Brähmig (CDU/CSU):**

Das Thema muss in die Wahlprogramme der Parteien aufgenommen werden; nur dann besteht die Chance, dass es Eingang in einen Koalitionsvertrag findet und im Jahre 2010 auch in die Praxis umgesetzt werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Für die Bundesregierung erteile ich das Wort der Kollegin Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl.

(Beifall bei der SPD)

**Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuerst kurz auf einige wenige Beiträge aus der bisherigen Debatte eingehen.

Erstens will ich noch einmal ganz deutlich machen, wie dieser Kompromiss zustande gekommen ist: Alle konnten im Dezember nachlesen, dass nach sehr langer Debatte auf europäischer Ebene die Kanzlerin und Herr Sarkozy bei einem Treffen der Regierungschefs miteinander vereinbart haben, in dieser Frage einen Kompromiss zu schließen. Wir stehen zu diesem Kompromiss. Ich halte es aber nicht für zulässig, den Anteil daran nur einem Teil der Regierung zuzuordnen, wie es gerade teilweise passiert ist.

Zweitens. Herr Kolbe, Sie haben ja recht, dass es sich einem, wenn man sich den Inhalt der Schreiben des BMF vor Augen führt, geradezu aufdrängt, dass es zu Veränderungen kommen muss. Sie haben dann weiterhin gesagt, das sei eine Glanzleistung unseres Hauses gewesen. Hier möchte ich einem Missverständnis vorbeugen: Ich weiß zwar, dass der Begriff „BMF-Schreiben“ immer den Eindruck vermittelt, es handle sich um ein Schreiben des Bundesfinanzministeriums. Das ist aber nicht so. Das wissen Sie wahrscheinlich. Hier geht es um eine Verwaltungsanordnung, die auf der Zustimmung einer Mehrheit der Bundesländer beruht. Ich will das nur noch einmal deutlich machen, damit nicht falsche Töne in die Debatte kommen. Das bedeutet also nicht, dass wir alles inhaltlich richtig finden,

(Joachim Poß [SPD]: Kommt alles aus Sachsen und Bayern!)

sondern vielmehr, dass wir uns darum kümmern müssen, hier zu einer noch größeren Vereinheitlichung zu kommen.

Meine dritte Anmerkung betrifft die Ehrlichkeit in dieser Debatte, insbesondere vonseiten der FDP: Wer mehr Vereinheitlichung fordert, aber nicht zugleich alles mit dem halben Mehrwertsteuersatz belegen will, darf nicht den Parteien und Fraktionen, die sich für eine entsprechende Vereinheitlichung einsetzen, vorwerfen, sie erhöhten die Steuern. Ich ahne, wie Sie im Zweifel den Parteien, die sich auf diesen Weg machen, die Worte im Mund umdrehen. Die Ehrlichkeit gebietet es, in einer Debatte nicht nur schön über Systematik zu reden, sondern auch zu sagen, auf was man sich einlässt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Volker Wissing [FDP]: Das machen wir doch nie! Wir drehen niemandem das Wort im Munde um! Wir nehmen die Leute nur beim Wort!)

Es ist so – wir haben es gehört –, dass das Experiment „ermäßigter Mehrwertsteuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen“ auf europäischer Ebene für all die Mitgliedstaaten dauerhaft nutzbar wird, die es wollen. Nicht ohne Grund hat sich mittlerweile aber eine zunehmende Zahl von Mitgliedstaaten der Protokollerklärung angeschlossen und gesagt, dass sie das Instrument nicht nutzen werden. Das macht, wie ich glaube, auch Sinn. Hier vorschnell zu entscheiden – bei

manchen Redebeiträgen hatte ich diesen Eindruck –, wäre unüberlegt. Da bin ich mir sicher.

Die Prüfung der Mitgliedstaaten, ob sie diesen Weg mitgehen, sollte dabei unter dem Motto stehen: Bedenke die Wirkung! Manche sagen ja, dass die einzige Wirkung, die in diesem Fall sicher ist, die ist, dass es zu Steuermindereinnahmen kommt. Die Auswertung der europäischen Experimente hat doch gezeigt – ich sage dazu in Klammern: das deutet sich ja offensichtlich auch bei den Bergbahnen an –,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Die Bergbahnenregelung hat doch die bayerische SPD mitbeschlossen!)

dass die Vorteile von im Laufe der Zeit reduzierten Mehrwertsteuersätzen so gut wie nie dauerhaft an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Joachim Poß [SPD]: Das sind die Erfahrungen, Herr Burgbacher! Hören Sie einmal zu!)

Herr Burgbacher und Herr Wissing, bis heute hatte ich noch geglaubt, dass auch Sie der Meinung sind, dass die Einsparung an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden sollte.

(Gabriele Frechen [SPD]: Aber nein!)

Davon haben Sie aber in keinem Ihrer Redebeiträge gesprochen. Sie haben ausschließlich über den Gewinn in der Gastronomie gesprochen. Wir sollten noch einmal genau nachlesen, was Sie heute hier gesagt haben.

(Beifall bei der SPD – Dr. Volker Wissing [FDP]: Jetzt drehen Sie aber das Wort im Munde herum!)

Die Aussage, dass noch nie eine Steuerersparnis an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben worden ist, ist nicht einfach nur dahergesagt. Es gibt mehrere Studien dazu. Ich will nur kurz auf zwei eingehen. Die Europäische Kommission konnte 2003 in ihrer Evaluierung dieser „Experimente“ weder eine positive Wirkung auf die Arbeitsplätze noch eine Eindämmung der Schwarzarbeit feststellen. In der gleichen Studie wird ergänzt, dass mit einem Einsatz von Haushaltsmitteln, die beispielsweise zur Senkung von Arbeitskosten verwendet werden, eine deutlich bessere Wirkung auf die Arbeitsplätze erzielt werden kann als mit reduzierten Mehrwertsteuersätzen.

Herr Schick hat es schon erwähnt: 2007 gab es auf europäischer Ebene die Studie des Kopenhagener Økonomisk Instituts, in der deutlich festgestellt wird, dass ermäßigte Mehrwertsteuersätze das am wenigsten geeignete Mittel zur Verfolgung von Lenkungs- oder Entlastungszielen sind

(Joachim Poß [SPD]: Hört! Hört!)

und dass eine direkte Förderung in jedem Fall besser ist.

Das lässt mich den Bogen schlagen zu der Tatsache, dass die Bundesregierung und die beiden Koalitionsfraktionen genau diesen Weg beispielsweise bei der Absetzbarkeit von Handwerksleistungen von der Steuerschuld – in dieser Legislaturperiode wurde der entsprechende Betrag verdoppelt – gegangen sind. Dies hat eine doppelte zielgenaue Wirkung: Zum einen bekommen die Handwerker mehr Aufträge – alle Beteiligten haben gesagt, dass diese Maßnahme zu einer Verbesserung der Auftragslage geführt hat –, und zum anderen werden die Menschen nachvollziehbar und von uns überprüfbar entlastet. Das wäre bei den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen völlig anders.

Lassen Sie mich noch kurz auf die Steuermindereinnahmen eingehen, die sich mit Sicherheit ergeben würden. Sie würden im Bereich der kleinen Reparaturleistungen 230 Millionen Euro betragen, 640 Millionen Euro bei Friseurdienstleistungen und geschätzte 3,7 Milliarden Euro im Bereich der Restaurantdienstleistungen.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Da müssen Sie noch anderes mit einrechnen!)

In einem ersten logischen Denkschritt können wir davon ausgehen, dass die Steuerersparnis nicht weitergegeben wird. In einem zweiten logischen Denkschritt können wir erwarten, dass es Steuermindereinnahmen gibt. Dies führt uns zu einem dritten logischen Denkschritt, nämlich dass wir diese Mindereinnahmen an anderer Stelle kompensieren müssen. Das belastet aber auch die Menschen, die nicht entlastet worden sind.

(Joachim Poß [SPD]: So ist es!)

Das ist eine doppelte Bestrafung und somit nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD – Ernst Burgbacher [FDP]: Denken Sie mal an die Arbeitsplatzentwicklung in diesem Bereich!)

Ich will ganz deutlich sagen: Die Erkenntnis, dass branchenbezogene Ausnahmen nicht der richtige Weg sind – auch die Bundeskanzlerin hat deutlich gemacht, dass sie es für falsch hält, in dieser Legislaturperiode noch ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen –, hat sich in der Bundesregierung durchgesetzt. Diese Einsicht ist aber nicht nur in der Bundesregierung vorhanden. Ich freue mich darüber, dass der Deutsche Industrie- und Handelskammertag eine differenzierte Stellungnahme dazu abgegeben hat. Er ist der Meinung, dass dies kein Weg ist, den man wirklich gehen sollte.

Ich bin der Überzeugung: Wenn man auf Schnellschüsse verzichtet, ehrlich ist und die von mir vorhin erwähnten logischen Denkschritte geht, dann kommen wir am Ende der Debatten sicherlich zu dem Ergebnis, dass der von Ihnen vorgeschlagene Weg zur Entlastung des Mittelstandes und der Verbraucher, die wir wollen, falsch ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Der Kollege Eckhardt Rehberg spricht jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wenn man ernst nimmt, was die Europäische Union zum Thema Mehrwertsteuer beschlossen hat, dann stellen sich neue Fragen: Was sind kleinere Reparaturdienstleistungen an Fahrrädern? Was umfasst die Renovierung von und Reparaturen in Privatwohnungen mit Ausnahme von Materialien, die einen bedeutenden Teil des Wertes der Dienstleistung ausmachen? Herr Kollege Burgbacher, schaffen wir hier das nächste Problem? Herr Kollege Burgbacher, wenn Sie die Gastronomie im Blick haben, dürfen Sie das Beherbergungsgewerbe nicht vergessen.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Für Hotels gilt es doch schon längst!)

Wir schaffen damit für weitere Bereiche Bedingungen, wie es sie heute zum Beispiel im Fleischerfachgeschäft, im Bäckerladen oder bei McDonald's gibt. Derjenige, der

bei McDonald's mit dem Auto vorfährt, zahlt eine Mehrwertsteuer von 7 Prozent, derjenige, der innen isst, eine Mehrwertsteuer von 19 Prozent. Ich weiß nicht, wo an dieser Stelle die Differenz von 12 Prozent bleibt.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Das ist doch ein Unsinn!)

Wenn wir uns diesem Thema ernsthaft widmen wollen, eine Regelung das Hotel- und Gaststättengewerbe umfassen soll und keine neue Bürokratie aufgebaut werden soll, dann muss man an dieser Stelle beides ohne Wenn und Aber zusammenpacken.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Machen wir ja! Für Hotels gilt es doch schon!)

Herr Kollege Burgbacher, Sie haben sehr stark auf die europäische Gastronomie abgehoben. Im Süden gibt es – das gebe ich zu – ein ungeheueres Problem. Ich möchte aber nicht, dass in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen der gleiche Mehrwertsteuersatz wie in Dänemark und Schweden gilt. Dieser liegt nämlich in diesem Bereich bei 25 Prozent. Wenn wir uns dieses Themas annehmen – das ist meine klare Position als Wirtschaftspolitiker –, dann müssen wir das gesamtheitlich und ohne Schnellschüsse regeln.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Aber mit Fakten!)

Wir müssen insbesondere die Dummheiten, die es beim Thema Mehrwertsteuer gibt – ich habe einige beschrieben; man könnte weitere beschreiben –, beseitigen. Das Grundprinzip muss sein: weniger Bürokratie.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frau Staatssekretärin, ich bin völlig Ihrer Meinung: Es wird eine spannende Debatte geben, zum Beispiel zum Stichwort „Tierfutter“. Was machen wir mit den dort geltenden 7 Prozent, wenn wir ein Gesamtkonzept angehen?

Ich will aber die Baustellen des Mittelstandes beschreiben, die den Mittelstand im Augenblick besonders bedrücken. Das ist das Thema Zinsschranke.

(Zurufe von der FDP: Ja!)

Das ist die Anrechnung der Kosten für Mieten, Leasing und Pachten bei der Gewerbesteuer.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Das ist das Thema Verlustvorträge. Hier kann ich an die Kolleginnen und Kollegen der SPD nur appellieren, ihre Blockadehaltung aufzugeben; denn das sind gerade in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit Baustellen für den Mittelstand.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ernst Burgbacher [FDP]: Sie haben dem doch zugestimmt!)

Diese Baustellen müssen wir beheben. Die eine oder andere Unwucht, die es bei der Unternehmensteuerreform gegeben hat, müssen wir noch vor der Sommerpause beheben;

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Das haben wir schon mehrfach beantragt, und Sie haben das abgelehnt! Absurd!)

denn wir werden danach keine Zeit mehr haben. Ich sage Ihnen voraus – jetzt komme ich wieder zum Gastronomie- und Hotelbereich –: Gerade die Anrechnung der Kosten für Mieten, Leasing und Pachten im Gewerbesteuerbereich ist ein wesentliches Problem, auch für den Einzelhandel.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Völlig richtig!)

Die Herabsetzung auf eine Anrechnung von 65 Prozent bei Immobilien ist nicht ausreichend. Da müssen wir deutlich unter 50 Prozent gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ernst Burgbacher [FDP]: Jetzt weichen Sie aber dem Problem nicht aus!)

Für die Zukunft ist auch die Frage berechtigt, was die Ansatzpunkte sind, um Nachfrage zu generieren. Wir haben in dieser Legislaturperiode einiges getan, gerade beim Konjunkturpaket II. Ich möchte an die Aufstockung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von handwerklichen Leistungen, aber auch von haushaltsnahen Dienstleistungen und Kinderbetreuungskosten erinnern. Ich erinnere an die degressive AfA. Wenn man dies alles betrachtet, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass wir eine Menge getan haben, um den Mittelstand zu stärken. Wir alle sollten uns darüber klar sein – dies möchte ich betonen –, dass all dies Steuermindereinnahmen bewirkt. Aber volkswirtschaftlich gesehen rechnet es sich langfristig.

Ich bin sehr dafür – ich sage das für die Wirtschaftspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion –:

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Gibt es die noch?)

– Die gibt es schon. – Wir brauchen ein Gesamtkonzept, was die Mehrwertsteuer betrifft. Wir brauchen insbesondere weniger Bürokratie. Wir brauchen eine Vereinfachung. Ich sage ausdrücklich: Arbeitsintensive Dienstleistungen dürfen nicht mit einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz belegt werden, während möglicherweise auf der Gegenseite die steuerliche Abzugsfähigkeit von handwerklichen Dienstleistungen wegfällt. Wir müssen uns sehr gut überlegen, was wir machen.

Wir sollten uns vor Schnellschüssen, vor Aktionismus hüten. Herr Kollege Burgbacher, es wird nicht auf fruchtbaren Boden fallen, wenn man nur eine Branche – und dann noch selektiv die Gaststätten und nicht die Hotels – im Blick hat.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

### **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Die letzte Rednerin in der Aktuellen Stunde ist die Kollegin Simone Viola für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

### **Simone Viola (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal staunt man ja: Die FDP hat endlich die richtungsweisende Kompetenz Europas entdeckt! Ich hätte mir gewünscht, dass die FDP genauso vehement für die Einführung der Antidiskriminierungsrichtlinie in Deutschland eingetreten wäre. Auch das war eine europäische Entscheidung. Damals hat die FDP aber mit Vehemenz dafür geworben, dass man sie nicht umsetzt. Sie hat gesagt: Man sollte das nicht machen. Man sollte sich ein Hintertürchen offen lassen.

Nun hat die FDP plötzlich die richtungsweisende Kompetenz von Europa entdeckt. Dabei stimmt das an dieser Stelle noch nicht einmal. Es geht lediglich darum, einen Rahmen abzustecken, innerhalb dessen jedes Mitgliedsland nach eigenem Ermessen entscheiden kann, was es umsetzen will und was nicht. Aber es müssen

Rahmenbedingungen gesetzt werden. Dann darf man auch keine Rosinenpickerei betreiben, wie es die FDP tut.

Ich nehme Frankreich einmal als Beispiel. Natürlich muss man fragen, ob die Höhe der Mehrwertsteuersätze zukünftig der einzige Unterschied zu Deutschland sein soll oder ob auch andere Rahmenbedingungen zu beachten sind. Ich würde mir wünschen, dass die FDP sagt: Frankreich hat den Mindestlohn. Lasst ihn uns in Deutschland einführen, damit alle die gleichen Möglichkeiten haben. – Das sehe ich noch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Verhalten passt zur FDP. Im Landtag von Sachsen hat die FDP in der letzten Woche noch vehement dafür geworben, den Schülerverkehr kostenlos anzubieten. In dieser Woche hat die FDP im Kreistag von Zwickau aber selbst dagegen gestimmt.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Hier sind wir aber im Bundestag!)

Das war ein SPD-Antrag. Wenn die FDP das möchte, dann muss sie das auf allen Ebenen durchhalten, dann kann sie nicht da, wo sie in der Opposition ist, Forderungen aufstellen, und sich dort, wo sie die Möglichkeit hat, etwas zu entscheiden, zurückziehen, weil das Geld kostet. So kann man doch keine Politik machen.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Sie sollten die Rede lieber im Kreistag von Zwickau halten!)

Herr Wissing, Sie haben recht: Das Steuersystem ist nicht logisch. Aber woran liegt das denn? Als es eingeführt wurde, hatte es noch eine gewisse Logik. Dank des Lobbyismus ist es in vielen Jahren und Jahrzehnten zu dem geworden, was es heute ist: eine recht unlogische Geschichte, die an vielen Stellen hinkt. Die FDP war viele Jahre lang an der Regierung beteiligt und ist daher mit dafür verantwortlich, dass Lobbyisten ihre Vorstellungen durchsetzen konnten.

(Beifall bei der SPD)

Das darf man doch nicht vergessen.

Natürlich entwickelt sich die Welt weiter, auch Deutschland. Als man die Regelungen eingeführt hat, gab es verschiedene Dinge noch nicht. Deshalb konnten sie nicht aufgeführt werden. Mein Lieblingsbeispiel in diesem Zusammenhang ist der Vergleich zwischen Hörbuch und Buch. Als der ermäßigte Mehrwertsteuersatz bei Büchern eingeführt wurde, gab es noch keine Hörbücher. Ich gebe Ihnen recht: Das sollte man auf den Prüfstand stellen und vergleichen, was vergleichbar ist. Dabei kann man durchaus zu der Erkenntnis kommen, dass man einiges ändern muss. Zum Beispiel kann man zu der Erkenntnis kommen, dass Hörbücher wie Bücher besteuert werden sollen. Dafür bin ich offen.

Eine Harmonisierung bedeutet aber, dass es Plus und Minus gibt. Man darf also nicht sagen, dass alles, was von Lobbyisten bisher erkämpft worden ist, sozusagen eine Eule auf der Stirn trägt und nicht angefasst werden darf, dass also nur neue Sachverhalte aufgenommen werden dürfen. Dann muss ich vielmehr auch bereit sein, die Eulen abzunehmen und die Dinge neutral zu betrachten.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Richtig!)

Als das versucht worden ist, war es aber die FDP, die hier lautstark von Steuererhöhungen gesprochen hat.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Da wollten Sie ja nur erhöhen!)



– Nein, das ist nicht richtig. Es ging darum, zu schauen, ob die Regelung im Sinne des Gesetzgebers ist.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das Gesetz war ein einziges Überraschungsei!)

– Nein, das war kein Überraschungsei. Dabei ging es um viele Punkte. – Damals hat uns die FDP als erste vorgehalten, der Staat wolle durch die Hintertür Steuererhöhungen durchsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Volker Wissing [FDP]: So war es ja auch!)

Sie können doch nicht sagen: Wir wollen Harmonisierung – aber nur dann, wenn der Steuersatz nach unten geht.

Wenn man so etwas vorhat – diesbezüglich bin ich mit vielen Kolleginnen und Kollegen d'accord –, muss auch die eine oder andere politische Entscheidung getroffen werden. Viele meiner ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen aus der SPD zum Beispiel haben gesagt: Jawohl, wir möchten, dass bei der Schulspeisung der ermäßigte Steuersatz zur Anwendung kommt, weil die Schulspeisung eben nicht in Konkurrenz zu den Gaststätten steht, sondern eher zu der Streuselschnecke vom Bäcker, für die der ermäßigte Steuersatz gilt. Wenn wir für unsere Kinder und Jugendlichen etwas machen wollen, dann gehört dazu, dass wir ein bezahlbares, gesundes und möglichst abwechslungsreiches Mittagessen anbieten. Ich glaube, das ist eine wichtige Forderung.

Da Sie so extrem auf den Einfluss der Mehrwertsteuer auf die Preisfindung im Gaststättenbereich abstellen, muss ich fragen, warum es in Berlin bei einer Tasse Kaffee eine Preisspanne von etwa 1 Euro bis 2,70 Euro – der Preis kann auch etwas darunter oder darüber liegen – gibt. Mir ist nicht bekannt, dass es in Berlin nach Bezirken geordnet verschiedene Mehrwertsteuersätze gäbe. Diese Preisspanne hängt vielmehr mit Verdienst, mit Miete, mit Nebenkosten und mit dem Standort zusammen und erst an letzter Stelle mit der Mehrwertsteuer, zumal dann, wenn der Rahmen vergleichbar ist.

Man kann nicht einfach nur auf Frankreich verweisen; der Kollege hat es gesagt. Schauen wir einmal, wie es in den skandinavischen Ländern gehandhabt wird. – Diese Beispiele nennen Sie komischerweise nicht; die lassen Sie außen vor.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Weil wir uns um die Wettbewerbsnachteile der deutschen Wirtschaft kümmern!)

Ich glaube, dass wir alle uns zusammensetzen und völlig emotionslos und unabhängig von Lobbyismus oder sonst etwas darüber reden müssen.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Das haben wir ja versucht! – Ernst Burgbacher [FDP]: Da haben Sie nicht mitgemacht!)

Wenn man ein vernünftiges System einführen möchte, sollte dies ohne Lobbyismus und vor allen Dingen ohne eine Gewinnoptimierung auf Staatskosten, wie Sie es heute eingefordert haben, geschehen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Damit schließe ich die Aussprache.